

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluss:
Amt Hansa 7455, 7456, 7457.

Volksstimme

Inserate:
Die 6 Spalten Zeitzeile kostet 15 Bg.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluss der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Volksdienstkontos 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Niederrhein, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Raler. —
Verlag der Volksstimme Raler & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 9

Mittwoch den 12. Januar 1916

27. Jahrgang

Die Ernährungsfrage vor dem Reichstag.

Die Erstürmung des Lovcen.

Der Kampf im Inneren.

Reichstagsbrief.

* Mit einer Art nüchternen Geschäftsmäßigkeit haben die Reichstagsarbeiten wieder begonnen, die ungefähr diese Woche ausfüllen dürfen. Der Hauptauschuss des Parlaments, die Budgetkommission, tagt vorher und gleichzeitig an den Vormittagen und in ihr werden die Klingen zwischen den politischen und wirtschaftlichen Gruppen ernsthaft gekreuzt. Während Liebknecht mit seinen kleinen Anhängern die er wieder ohne jede Verständigung mit der Partei oder der Fraktion gestellt hat, kommt die Oberfläche der Dinge streift und deshalb heute zu Beginn der Verhandlung von allen Seiten entsprechend behandelt wurde, treten sich dort die politischen Grundanschauungen wirksam gegenüber und ringen um die Geltendmachung auch im Krieg und für den Krieg. Dabei ist tatsächlich von irgend welcher Betätigung einer Ueberhebung oder Annahme auch auf bürgerlicher Seite kaum mehr die Rede. Dazu dauert der Krieg zu lang und fordert zu große Opfer, auch auf der Seite der Besiegten, wie man immer wieder ganz nachdrücklich unterstreichen kann und muß gegenüber kurzschichtigen oder böswilligen Entstellungen. Wahrhaftig, man möchte wünschen, daß das vom Kampfe gewiß schwer mitgenommene Volk körperlicher Zeuge der Beratungen in der Budgetkommission sein könnte, damit es sähe, daß dort im engen Kreis, der selbstverständlich nicht öffentlich vor dem ganzen Ausland verhandeln kann, so ernst gekämpft wird, wie jemals zwischen den Vertretern des alten feudalen Systems und den Vertretern der neuen Zeit starker Demokratie, wobei freilich die Zersplitterung und Rinderheit der letzteren den noch unentschiedenen Ausgang manches Ringens begreiflich erscheinen läßt.

Die jetzige Reichsregierung, das muß allmählich jedem politisch Beobachtenden klar werden, befindet sich im schweren Kampf mit den unüberwindlichen und unbesiegbaren Rechtselementen, die jede Renonciierung unserer Politik noch innen und nach außen als einen Verlust ihres alten, vererbten Einflusses betrachten. Jede Reform des preussischen Wahlrechts oder des Reichsvereinsrechts, jede soziale Wirtschaftsmassregel wird von den Rechten, die Rösche und Weiskopf zu Führern erkorren haben, zu konterkarieren gesucht. In der Kriegspolitik wird ein anderes Spiel getrieben. Nebenbei wie unsere Genossen auf der äußersten Linken nicht sehen wollen, daß wir noch lange nicht über den Berg hinweg sind, so wendet die Rechte alle Mittel an, unsere unbestreitbaren militärischen Erfolge als eine lückenhafte Kette durchgehender politischer Siege erscheinen zu lassen und den Anschein zu erwecken, als habe nur die jetzige Reichsleitung nicht den Mut und das Geschick, sie gehörig auszunutzen. Die Verhandlungen mit Amerika und die Vorstöße in der Verwendung unserer letzten Mittel werden auf eine Stufe gestellt mit der „verhängnisvollen“ Neigung, im Innern von der Rechtslinkenpolitik abzugeben. Verdes wird als fehlerhaft verdrängt, nicht auf offener Markte, aber an den maßgebenden Stellen. Die alte preussische „Strammheit“ nach innen und außen, hier namentlich gegen den demokratischen Westen, fehlt. Damit soll die jetzige Reichsleitung betäubt und für den Fall reif gemacht werden, damit sie der Regierung eines Mannes vom „alten“ System Platz mache. Selbst die Kriegszeit muß diesen Gewaltpolitikern zum Westen dienen und ihnen Waffen liefern, wenn auch recht unglücklich.

Man wird ja sehen, ob die jetzige Reichsleitung diesen Kräfte wirksam zu begegnen sucht. Sie kann es natürlich nur, wenn sie weiß, daß so etwas wie eine Mehrheit des Parlaments hinter ihr steht. Deshalb sind Splitterungen in der Linken so verhängnisvoll. Sie können leicht die Geschäfte der argsten junkerlichen Reaktion besorgen. Sie können außerdem den Krieg maßlos verlängern, weil sie im Ausland den falschen Eindruck erwecken und verstärken, daß man es mit einem geschwächten Deutschland zu tun habe, das bald zusammenbrechen müsse. Bis jetzt mandoriert die Reichsleitung notgedrungen mit den hergekommenen Verhältnissen und den Ansätzen zu einer neuen Wehrbildung, so gut sie eben kann. Auch seit dem jetzigen Zulamentritt des Reichstages hat es an interessanten Symptomen aus diesem „Bewegungslampf“ nicht gefehlt. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat gestern in der Budgetkommission einen sehr entschiedenen und vernünftigen Standpunkt gegen die Echarfmacherei eingenommen, die uns auch noch mit Amerika in Konflikt bringen möchte. Andere Reichen beweisen, für wie unheilvoll man an derselben Stelle die konervative Annexionswühlerei hält. Vom Reichskanzler heißt es, daß er den preussischen Landtag jetzt endlich mit einer allerdings sehr zögernden Ankündigung der Wahlreform eröffnen wolle. Das konservative Gegenmonder kennt man; einer der Führer der Rechten hat ge-

meint, das werde sich schon nach dem Kriege finden. In der Lebensmittelfrage lapiert Desbrüd zwischen Verbrauchern und Agrariern auch in seiner heutigen Rede wieder. Er hat recht zu sagen, daß manche seiner Anordnungen tief in die gewohnte Profitwirtschaft einschneiden, daß sie an einzelnen Stellen auch hart empfunden wurden; aber die Verbraucher haben noch mehr recht, mit unserem Genossen Robert Schmidt als kundigem Sprecher zu beklagen, daß in der Kartoffel- und Fleischfrage starke unerledigte Reste bei der Versorgung bleiben, und unsere Anträge fürs Plenum betreffen deshalb gerade ausschließlich die Fleischversorgung, die wir gegen die Agrarier organisieren und verbilligen wollen. Dafür ist in den Beratungen der Budgetkommission vor Weihnachten kräftig gearbeitet worden durch unsere Fraktion, und es ist unrichtig, was dieser Tage auch in den Spalten unserer Parteipresse hier und da kritisch nachgedruckt wurde, daß der Kommissionsbericht nur agrarische Feststellungen, aber keinen Willen zur Fortbildung der Versorgungsmaßregeln zeige.

Auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ringen eben auch in der Kriegszeit zwei gewaltige Strömungen, die alte und die neue Zeit, miteinander, auch innerhalb Deutschlands, innerhalb des Reichstags und innerhalb der Regierung. Dessen braucht sich niemand zu schämen, Deutschland braucht es nicht zu verstecken, es ist selbstverständlich in einer Zeit, in der auch alle übrigen Lebensäußerungen auf den Grad der höchsten Kraft und Intensität gesteigert sind. Es ist überdies auch dem feindlichen Ausland, wie falsch eingestellt seine Kriegs- anstrengungen sind, wenn sie gegen den „preussischen Militarismus“ sich richten. Soweit er noch vorhanden ist, helfen sie ihn nämlich inner- und außerpolitisch stärken! Wir als Sozialisten sollen uns jedenfalls bemühen, die Dinge so deutlich als möglich zu sehen, zu beachten und unser notwendiges Verhalten danach einzurichten.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 11. Jan. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Vorstöße gegen die nordwestlich von Maffes genommenen Gräben wurden abgewiesen. Die Zahl der dort gemachten Gefangenen erhöht sich auf 480 Mann. Ein französisches, mit einer 38 Zentimeter-Kanone ausgerüstetes Kampfflugzeug wurde bei Boumen (südlich von Digne) durch Abwehrfeuer und einen Kampfflieger zur Landung gezwungen. Das Flugzeug ist mit seinen Insassen unversehrt in unsere Hand gefallen. Bei Tournai wurde im Luftkampf ein englischer Doppeldecker abgeschossen.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 11. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart: 11. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Gestern herrschte, von den gewohnten Artilleriekämpfen abgesehen, auch an der bessarabischen Front und in Estgalizien Ruhe. Seit heute früh richtet der Feind von neuem nach heftigstem Artilleriefeuer vergebliche Angriffe gegen den Raum Toporoub-Morancze.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. In Südtirol erschienen über dem Eisental elf italienische Flieger, die an mehreren Punkten erfolglos Bomben abwarfen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der Lovcen ist genommen. In dreitägigen harten Kämpfen überwand unsere tapfere Infanterie im prächtigen Zusammenarbeiten mit der schweren Artillerie und seiner Majestät Kriegsmarine den erbitterten Widerstand des Feindes und die ungeheuren Schwierigkeiten des winter-

lichen Karstgebirges, das wie eine Mauer 1700 Meter hoch aus dem Meer aufsteigt, seit Jahren zur Verteidigung eingerichtet war. 26 Geschütze, darunter zwei 12-Zentimeter-Kanonen, zwei 15-Zentimeter-moderne Mörser und zwei 24-Zentimeter-Mörser, dann Munition, Gewehre, Verpflegungs- und Bekleidungsbedürfnisse sind die Beute. Ein Teil der Geschütze ist intakt und wird gegen den Feind verwendet. Im Nordosten Montenegro wurde der Feind, der gestern knapp vor Verane nochmals Widerstand leistete, getrieben. Der Ort und die beherrschenden Höhen südwestlich davon sind in unserer Hand. Raschem Zugreifen gelang es, die brennende Lim-Brücke in Verane vor gänzlicher Zerstörung zu bewahren. Bei Zpet wurden wieder dreizehn serbische Geschütze mit viel Munition ausgegraben.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Vom Balkan.

Die Eroberung des Lovcen durch die Oesterreicher bedroht unmittelbar Cetinje, die Residenz Montenegro. Denn der 1750 Meter hohe Berg deckt die Stadt gegen Westen. König Nikita hat sich bereits seit einigen Tagen dorthin gemacht, um sich jedenfalls der ganze kleine Hof mit allem Drum und Dran verschaffen. Ob die Oesterreicher es fertig haben werden, in das Städtchen zu kommen, das ist allerdings zweifelhaft. Ihnen war es wohl mehr um Befestigung der Belästigung zu tun, die vom Lovcen gegen die Boche di Cattaro und die dort liegenden österreichisch-ungarischen Seestreitkräfte ausgehen konnte.

Ueber Kopenhagen wird gemeldet: Die in den letzten Tagen von Paris aus in die Welt telegraphierten Gerüchte von einer bevorstehenden Offensive des Salonik-Heeres verbuchten sich jetzt im halbamtlichen „Temps“ zu ganz bestimmten Vorhersagen. Der „Temps“ führt in einer Besprechung des Fallschlages von Gallipoli aus, die Augen der orientalischen Welt seien jetzt auf Salonik gerichtet, wo ganz unerwartete Maßnahmen bevorstünden. Wenn Frankreich der Aufgabe des Gallipolifeldzuges zustimmte, so sei das nur geschehen, weil es an einem näheren Orte und unter günstigeren Bedingungen mit größerer Macht in den Krieg eingreifen könne. — Auf Gallipoli hätten die Opfer schließlich in keinem Verhältnis mehr zur Aufgabe gestanden.

Auf der griechischen Insel Samos ist verschiedene Plätern zufolge ein Aufstand gegen die Engländer und Franzosen ausgebrochen. Der englische Kreuzer „Ellie“ und der französische Torpedojäger „Véron“ wurden mit Truppen dorthin abgesandt.

Ein englischer Transportdampfer mit Geschützen an Bord erlitt vor Alexandrien Sabarie und verlor sechs Geschütze und 17 Mann.

Türkenkämpfe.

Konstantinopel, 11. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Bericht des Hauptquartiers von gestern abend: Nur Trümmer, Beute und eine Anzahl von feindlichen Leichnamen, aber keinen einzigen feindlichen Soldaten gibt es mehr in Sedd-ul-Bahr. Während unserer Verfolgung wurden die Reste des Feindes, die sich weigerten, sich zu ergeben und in der Richtung auf die Landungsstellen flohen, vernichtet. Auf dem linken Flügel fanden wir im Abschnitt des Kerevidere eine große Menge selbsttätiger feindlicher Minen, von denen unsere Genietruppen allein in einem kleinen Raum 90 zerstörten.

An der Trakfront versuchte der in Rutel Mara eingeschlossene Feind in der Nacht zum 7. Januar an mehreren Punkten Ausfälle, nachdem er ein heftiges Feuer eröffnet hatte: er wurde mit Verlusten in seine Stellung zurückgeworfen.

An der kaukasischen Front ist nichts von Bedeutung vorgefallen.

Am 8. Januar fand im Schwarzen Meer zwischen dem türkischen Panzer „Zavus Selim“ und dem russischen Panzerschiff „Kaiserin Maria“ ein halbständiger heftiger Artilleriekampf auf eine weite Entfernung statt. Der „Zavus Selim“ erlitt keinen Schaden, während Treffer auf der „Kaiserin Maria“ festgestellt wurden.

Die Armenier.

Zu der Beantwortung der Liebknechtdschen Anfrage im Reichstag sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf die im vorigen Herbst von der englischen Presse und im Oberhaus aufgestellte Behauptung zurückkommen, deutsche Konsularbeamte in Kleinasien, insbesondere der Konsul Koecker in Aleppo, hätten die türkische Bevölkerung zu Greuelthaten gegen die Armenier ermuntert. Schon damals war von berufener Seite dieser Anwurf als ärmliche Verleumdung gekennzeichnet worden. Wie wir von ausländischer Stelle hören, sind inzwischen eine Reihe von freiwilligen Zuschüssen neutraler Persönlichkeiten aus dem Konsulatsbezirk Aleppo eingegangen, die den Bemühungen gerade des Konsuls Koecker zugunsten der Armenier Dank und warme Anerkennung spenden. Für alle diejenigen, denen die Verhältnisse in Syrien, namentlich aber das Wirken und die Persönlichkeit unseres Konsuls in Aleppo bekannt sind, bedurfte es allerdings dieser Zeugen nicht, um die gegen den verdächtigten Beamten erhobenen Vorwürfe von vornherein als eckende Lügen zu erkennen.“

Es wird allerdings sehr nötig sein, daß die Reichsregierung ihr Bundesverhältnis zur Türkei benützt, um gewissen von Ältern her gewohnten Vorgängen entgegenzuwirken. Daß die englischen und russischen Zettelleien der Türkei Verlegenheiten schaffen, ist freilich wahr. Aber schließlich hätte eine rechtzeitig begonnene Politik sozialer Reformen manches verhüten können.

Die Lebensmittelnot in Rußland.

Kopenhagen, 11. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Die Petersburger „Ruskoje Wjedomosti“ gibt das Gerücht wieder, daß die Regierung beschlossen habe, die bei den Moskauer Pogromen Geschädigten zu entschädigen. Die Stadtoberhäupter des Dangebietes wollen gleichfalls einen Kongreß zur Bekämpfung der Lebensmittelnot abhalten. — Das Moskauer Blatt „Ruskoje Slovo“ meldet über die Lebensmittelnot in Finnland, ein dortiges Komitee habe einen Mangel an Weizen, Roggen, Kartoffelmehl und vorwiegend auch einen Mangel an Salz und Fädel festgestellt, falls die Einfuhr nicht organisiert werde; ebenso fehle es an Transportmitteln. — In der „Ruskoje Wjedomosti“ äußert Menschikow in einem Artikel unter der Überschrift „Kampf ums Brot“ seine Verwunderung, daß bisher eine Bestandsaufnahme der Lebensmittel in Rußland noch nicht durchgeführt worden sei und jegliche Organisation einer Statistik über diese wichtige Frage fehle. Er schlägt verschärfte Maßregeln gegen die Spekulation vor und teilt mit, daß die vorgenommenen Requisitionen große Mengen verborgener Lebensmittel aus Tageslicht gebracht hätten. Menschikow findet es erstaunlich, daß, während Petersburg hungere, sich 43 000 Waggons auf der Linie Petersburg—Moskau stauen.

Stockholm, 11. Jan. („Berl. Z.-A.“) Moskauer Zeitungen enthalten eine, von der Stadtverwaltung inspirierte Mitteilung, derzufolge Moskau in der nächsten Zeit dem Hunger ausgeliefert sein werde.

Zum U-Boothrieg.

London, 11. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Auswärtige Amt veröffentlicht eine Mitteilung der österreichisch-ungarischen Regierung, die von dem amerikanischen Botschafter eingegangen ist, in der um besondere Sicherheitsmaßnahmen für den Dampfer „Golconda“ ersucht wird, mit dem eine Anzahl Oesterreicher aus Indien im Auftrage der englischen Regierung zurückbefördert werden. Der Mitteilung ist eine Bittschrift der in Frage stehenden Oesterreicher beigelegt, in der gebeten wird, der Dampfer möge mit deutlichen Abzeichen versehen werden, an denen man seine Bestimmung erkenne. Ferner wird gesagt, daß die österreichisch-ungarische Regierung die englische für den Verlust der Passagiere, von denen, wie es in der Mitteilung heißt, die Mehrzahl den besseren Ständen angehört, verantwortlich machen würde. Grey drückt in seiner Antwort sein Erstaunen aus, daß die österreichisch-ungarische Regierung, die selbst einer der Urheber der Gefahr sei, auf die offenbar hingewiesen werde, es als passend erachte, ein solches Ersuchen zu stellen. Er könne auch nicht verstehen, warum Angehörige bel-

ferer Stände mehr Anspruch auf Schutz vor U-Boatangriffen hätten, als andere Nichtkämpfer. Wie dem aber auch sei, die einzige Gefahr, die den Passagieren der „Golconda“ drohe, sei eine solche, für die Deutschland und Oesterreich-Ungarn allein verantwortlich seien, denn nur sie hätten die neue unheimliche Form der Kriegführung eingeführt, die alle bisher anerkannten Grundsätze des Völkerrechts außer acht lasse und notwendig das Leben der Nichtkämpfer gefährde. Die österreichisch-ungarische Regierung erkenne, indem sie besondere Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze der eigenen Untertanen an Bord englischer Handelschiffe fordere, die unvermeidliche Politik ihrer U-Bootspolitik an. Sie gebe zu, daß die Gewalttätigkeiten, durch die die „Lusitania“, „Verha“ und andere Schiffe ohne Warnung versenkt wurden, nicht zufällige Brutalitäten von Offizieren der feindlichen U-Boote waren, sondern die absichtlich überlegte Politik ihrer Regierungen. Es erübrige sich, hinzuzufügen, daß die englische Regierung nicht beabsichtige, irgendwelche Vorsichtsmaßnahmen zugunsten der österreichisch-ungarischen zu unternehmen. Der richtige Schutz gegen Gefahren sei, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland die gemeinsamen Regeln der Menschlichkeit in den Methoden ihrer Kriegführung befolgten.

Englische Postwirtschaft.

Bergen, 11. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Meldung des Norwegischen Telegraphenbureaus. Während des Aufenthaltes des Dampfers „Angensford“ in Kristvoll wurden 185 nach Norwegen bestimmte Sacke Paketpost zurückbehalten.

Kein waderer Kapitän.

Wien, 10. Jan. Aus dem Kriegspressequartier wird zur Verurteilung des italienischen Dampfers „Port Said“ gemeldet: Ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot schloß am 10. Dezember in der Nähe der Küste bei Derna einen österreichischen Dampfer und forderte ihn auf, zu halten. Nach anfänglichem Fluchtversuche stoppte der Dampfer und hängte eine weiße Flagge. Hierauf näherte sich das Unterseeboot dem Dampfer, der aber plötzlich trotz der weißen Flagge mit ganzer Kraft gegen das Unterseeboot feuerte, offenbar um es zu rammen. Auf diesen verfehlten Versuch hin feuerte das Unterseeboot auf den Dampfer und stellte bald einen Volltreffer fest. Nun stoppte der Dampfer abermals und begann Boote auszuwerfen. Das Unterseeboot, das auf diese Ergebenheitszeichen sofort das Feuer abbrach, näherte sich dem Dampfer und konstatierte, daß die ausgelegten Boote ohne Rücksicht auf die im Wasser befindlichen Menschen gegen die Küste auftrieben. Hierauf näherte sich das Unterseeboot jenem Boote, in dem der Kapitän des Dampfers sich befand. Der Unterseebootkommandant erklärte, auf den Kapitän schießen lassen zu wollen, sofern dieser nicht unverzüglich die hilflos treibenden Menschen seines Schiffes aufnehme. Auf dem Dampfer selbst wurde das Vorhandensein zweier Personen festgestellt, darunter einer verwundeten, um welche sich die Kameraden ebenfalls nicht gekümmert hatten. Das Unterseeboot ließ sie durch ein eigenes Boot abholen. Der Verwundete wurde zuerst verbunden, sodann wurden beide dem Schiffesboot übergeben und erst dann wurde der Dampfer durch Torpedoschuß versenkt. Dieses Rettungswerk hatte das Unterseeboot schon unter dem Feuer einer herbeigeeilten armerikanischen Nacht und eines Torpedobootes ausgeführt, somit ohne Rücksicht auf seine eigene Gefahr. Das Verhalten des Kapitäns des Dampfers bedarf eigentlich keiner weiteren Kommentare. Zuerst ein Fluchtversuch, dann ein heimtückischer Angriffsversuch auf das Unterseeboot, dann läßt er seine eigenen Leute im Stiche und mißt von dem Feinde gezwungen werden, die mit den Wellen kämpfenden, schmachvoll Verwunden und den vom Feinde Verbundenen aufzunehmen. Und da werfen uns seine kompositionellen Kapitäne vor, Barbaren zu sein!

Amerikanisches.

London, 11. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Die „Daily News“ berichtet aus New York vom 9. Januar: In Youngstown in Ohio ist 48 Stunden lang zwischen den streikenden Arbeitern der Stahlwerke und der Stadtpolizei, die durch Witz verurteilt worden war, gekämpft worden. 10 Ausländer wurden erschossen und 30 verwundet. Etwa 2000 Ausländer setzten am Freitag eine Anzahl Häuser im Geschäftsviertel in

Brand und plünderten u. a. Whistkläden. Sie verschafften sich eine beträchtliche Menge Dynamit und drohten, die Villenviertel der Stadt zu zerstören. Die Polizei, die zu schwach war, um die Menge zu zerstreuen, sprengte die Brücke über den Mohoningfluß in die Luft, um einen Angriff auf die Villenviertel zu verhindern. Mehr als 50 Häuser und ein Teil der Fabriken sind teils zerstört, teils beschädigt worden.

Newport, 10. Jan. (W. V.) Nach dem Ausweis der United States Steel Corporation betrug der Auftragsbestand Ende Dezember 1915 und 3837 000 Tonnen Ende Dezember 1914.

London, 9. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) „Morning Post“ meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten sind über die letzten deutschen Zusicherungen völlig befriedigt; Deutschland ist wieder hoch in Gunst.

Was hat Niederland getan...?

Aus Amsterdam schreibt uns P. W.: „Was hat Niederland, das bisher dem Totentanz glücklich entkommen, getan, um — wenn auch nicht etwas Großes als etwa: den Frieden einzuführen —, so doch wenigstens über unser unglückliches Weiden die allgemeine Stimmung hinwegzubringen, die wir in unserer Gasse seit 1914 „menschen“ nannten und die doch erst wiederhergestellt sein müssen, bevor an Frieden gedacht werden kann? Haben wir individuell und gemeinschaftlich in dieser Richtung gewirkt? Waren wir bereit, den Hah einzubäumen oder haben wir uns ihm ergeben? Niederland hat Ursache, bescheiden zu sein.“

Wir haben den Rand voll geholt über die erhabene Mission, zu der gerade wir uns berufen fühlen; wir schämen sogar einen Gesandten zum Papst. Aber was haben wir, um für diese, uns selbst zugedachte Aufgabe andere als geeignet zu erscheinen, was, um den Frieden näher herbeizuführen? Haben wir versucht, die guten Eigenschaften der Streikenden in den Vordergrund zu rücken und vor allem ein offenes Auge für die schlechten Seiten zu haben? Haben wir die Liebe gepflegt oder den Streik geschürt?

Diese trefflichen Worte jenseits der „Neuen Rotterdamschen Courant“ einer rückwärtigen Betrachtung über das verflozene Jahr vorans. Wie viele oder sind über in Holland, die diesen Fragen mit ruhigem Gemüthe nachdenken können? Wie viele sind über, im Lande des Friedenswillens, die im letzten Jahre geküßt und geküßt haben, anstatt alles aus dem Wege zu räumen, was der gegenseitigen Verständigung, d. h. dem Frieden hinderlich sein könnte. Am guten Willen der streikenden und heimlichen Kriegshelden hat es wohl nicht gelegen, wenn das friedliche Holland nicht auch schon in den Strudel hineingerissen wurde. Und gerade bei dem „Telegraaf“-Spezialist konnte man beobachten, wie die heimlichen „Friedensfreunde“ aus allen Ecken und Winkel aufkamen, um unter der alten Maske der Freiheitsschänder ihr Schändliches in den hochauflodernden Brand der Feindschaft zu werfen zu können. Ein widerliches Spiel, das um so öfter war, als man aus Werksführer der berufenen Friedensmänner in jener Gesellschaft sehen mußte.

Nach Lage der ganzen Verhältnisse mußte es auch höchst eigenartig berichten, daß „Der Volk“ die von der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag herbeigeführte Debatte über Friedensmöglichkeiten beschwerte mit dem Anklagen der eifersüchtigen Frage. Und zwar in einer Weise, die praktisch eine unantwortliche Antwortung der Annahmestimmung in Frankreich und einen Anspöck zwischen die Beine der deutschen Sozialdemokratie bedeutete. Ob dieser Freundschaftsdienst uns dem Frieden näher gebracht hat, wird sich so bald erweisen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das glatte Gegenteil der Fall sein wird.

Es spricht auch für alles andere, denn für kalte Unparteilichkeit, wenn „Der Volk“ sich wohl gefallt, fortwährend über ungenügende Friedensbemühungen der deutschen Sozialdemokratie zu reden, während es über die höhnischen Antworten und über das gemüthliche Geklätsch, das aus den Rändern des Reichstages auf jede Nachricht von einer Friedensbereitschaft Deutschlands kam, kein einziges Wort des Tadels ausspricht. Selbst nicht über die hochtönenden und verletzenden Antworten aus sozialdemokratischer Munde. Wenn's wohl, schmeißt man diese einfach tot, wie z. B. die jüngsten Auswüchse des Reichstages in Dordrecht dem Vertreter des „Neuen Rotterdamschen Courant“ gegenüber.

Und glaubt man etwa, daß die Weigerung der Rüsse seitens der englischen Regierung an die Gewissen, die neutral zu der geplanten Konferenz im Haag wollten, kritisiert worden wäre? Das sollte aber die deutsche Regierung gewesen sein! Braucht man sich da über die total einseitige Haltung auch der sozialistischen Arbeiterschaft in Holland wundern? Möge die Führerschaft der holländischen Sozialdemokratie demnächst sich ruhigen Gewissens die Frage vorlegen können: „Was haben wir getan...?“

Genilleton.

Aus dem Lande des Kalifen.

Aus Reiseeindrücken Hugo Freytags, die die „W. A. Z.“ veröffentlicht, bringen wir hier die folgenden zum Abdruck:

Arabische Pferde.

Wenn man ein Land wirtschaftlich erschließen will, muß man vor allem troachten, den Verkehr zu heben: Er muß rasch, billig und sicher sein. In Mesopotamien soll die Bagdadbahn diesen Zweck dienen. Da es aber dem Erbauer einer Bahn weniger um die wirtschaftliche Erschließung des Landes als um die gute Verzinsung des angelegten Geldes zu tun ist, so legt er sich die Frage vor, ob das Unternehmen in absehbarer Zeit einen Gewinn abwerfen wird. Der Bau und der Betrieb einer Bahn lohnen sich nur dann, wenn mit einem starken Frachteinverkehr gerechnet werden kann. Der Bagdadbahn wird die Aufgabe zufallen, die Bodenerzeugnisse und die Rohstoffe Mesopotamiens im Lande selbst zu verteilen oder nach dem Ausland auszuführen; sie wird das Land aber auch mit solchen Rohstoffen, Boden- und Industrieerzeugnissen zu versorgen haben, die im Ausland nicht hervorgebracht werden und die daher aus dem Ausland eingeführt werden müssen.

Gegenwärtig ist im größten Teile des Landes, namentlich im Innern, die Viehzucht der am meisten betriebene und zu höchster Stufe entwickelte Kulturzweig. Die arabische Pferderasse ist schon lange als eine der edelsten bekannt; sie wird auch von den Beduinen Mesopotamiens mit gutem Erfolge gezüchtet. Das Vollblutpferd ist das wertvollste Ergebnis der einheimischen Viehzucht; eine reinrassige Stute kostet im Lande selbst 300 bis 400 türkische Lira (6000 bis 8700 Kronen). Die Gengale sind weit billiger; man bekommt sie um 100 bis 200 Lira (2000 bis 4400 Kronen). Der Beduine besitzt den Hengst nicht gern als Reittier, da dieser durch sein ungeheures Wesen und durch Viehern auf Raubzügen oft seinen Herrn verrät. Außer der Pferdezucht wird in Mesopotamien noch die Zucht von Feln, Maulseeln, Maultieren, Dromedaren, Ziegen und Schafen betrieben. Aus der Viehzucht Mesopotamiens würden sich also Häute, Felle,

Wolle, Haar (Kamelhaar) und Horn als Fracht für die Bagdadbahn ergeben. Schon bevor der Bau der Bahn begonnen wurde, hatte der Häute- und Fellhandel des Landes einen bedeutenden Umfang angenommen; mit der Ausgestaltung der Verkehrsmittel wird er wahrscheinlich noch erheblich zunehmen.

Seltene Fahrzeuge.

Schlüsse auf das Verkehrsbedürfnis Mesopotamiens lassen sich am besten aus dem heutigen Verkehr des Landes ziehen. In jenen Gegenden, die an den Flüssen Euphrat und Tigris liegen, sind diese natürlich die bevorzugten Verkehrswege. Aber der Verkehr auf diesen Flüssen ist nur zu gewissen Zeiten und in beschränkter Weise möglich. Da der Tigris von Bagdad aufwärts und der Euphrat von Babylon (Hille) aufwärts zu fließt, ist, um von Dampfschiffen solcher Größe befahren zu werden, deren Verkehr sich lohnen würde, so wird dieser auf den beiden genannten Flußstrecken nur durch Flöße aufrechterhalten. Am Euphrat ist ein gewöhnliches Balkenfloß üblich, das Schachtel und von Birkholz (etwa 120 Kilometer nordöstlich von Aleppo) bis Qualat flößelweise verkehrt, von wo man in zwölf Reistunden nach Bagdad gelangt. Der „Reel“ ist das auf dem Tigris gebräuchlichste Floß; es besteht aus einem Balkengerüst, dessen Räden durch aufgeschlossene Ziegenhäute ausgefüllt sind, wodurch das Fahrzeug ein erhöhtes Tragvermögen erhält. Da aber die Schläuche nicht luftdicht abgeschlossen sind, müssen die Führer oftmals während der Fahrt ins Wasser springen, um sie aufzublasen. Der Reel verkehrt von Diarbeck an. Beide Fahrzeuge, die Schachtel und der Reel, fahren nur stromabwärts. Ein drittes Fahrzeug, das am Tigris gebräuchlich ist, wird Kassa genannt. Es ist ein runder aus Palmfaserhüllen geflochtener Korb mit flachen Boden, der durch einen Ueberzug von Erdboden wasserdicht gemacht ist. Während der Fahrt im Strome dreht sich dieses Fahrzeug ununterbrochen im Kreise, so daß derjenige, der nicht daran gewöhnt ist, vom Schwindel erfaßt wird. Die Kassa dient oft als Kähne; vor allem aber wird sie verwendet, um Reisende oder Gepäck vom Ufer an Bord der Bagdad-Dampfer zu bringen, die den Verkehr zwischen Bagdad und Basra vermitteln. Einheimische legen bisweilen auch größere Strecken in der Kassa zurück. Ein

regelmäßiger Dampfschiffverkehr zwischen Bagdad und Basra wird von einer englischen und von einer türkischen Gesellschaft unterhalten. Nur zur Zeit des hohen Wasserstandes wickelt sich dieser Verkehr anstandslos und rasch ab; zur Zeit des geringen Wasserstandes laufen diese Schiffe während der Fahrt oftmals auf Grund; dann ziehen sie sich am Ankerfeld zurück, um eine neue Fahrtrinne zu suchen. Da die Schiffe zur Vermeidung des allzu häufigen Auslaufens von möglichst geringem Tiefgang sind, so führen sie zur Aufnahme der Fracht ein Schleppschiff, „Duba“, mit sich, das an der Seite der Dampfer angebracht ist. Von Basra an wird der Verkehr nach dem Persischen Golf und nach Indien schon durch Djeandampfer vermittelt.

Das Reisen im Lande.

In allen jenen Fällen, in denen die bisher betrachteten Verkehrsmittel nicht zu Gebote stehen, das ist also für Reisen von Bagdad stromaufwärts und den Euphrat stromaufwärts sowie für Reisen in jenen Gebieten, die an keinem befahrbaren Fluße liegen, sind Wagen, Reit- und Tragtiere die einzigen Verkehrsmittel. Am raschesten ist die Reise mit dem Wagen; freilich sind die mesopotamischen Straßen oft in so schlechtem Zustande, daß die Reise im Wagen mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden ist. Als Reit- und Tragtiere werden Pferde, Maultiere, Kamel, Esel und Dromedare verwendet. Maultiere, Kamel und Esel werden wegen ihres sicheren Ganges besonders in gebirgigen Gegenden verwendet; der Esel, dessen Anschaffungspreis sehr gering ist und der mit den fadenlänglichen Gamaschen der Steppen Auslangen findet, ist das billigste Verkehrsmittel. Das Dromedar eignet sich sehr zum Tragen zerbrechlicher Lasten, da es einen besonders vorsichtigen und ruhigen Gang hat; als Reittier wird es gewöhnlich nur von den Beduinen benützt. Kranke und Frauen reisen im „Tadtramman“, das ist eine gedeckte Sänfte, die an jedem Ende zwei Stangen zum Tragen hat; sie wird gewöhnlich von Pferden oder von Maultieren getragen. Eine andere Sänfte heißt „Medschama“; sie besteht aus zwei durch Nadeln gegen die Sonne geschützten Ecken, die durch einen Querbügel fest miteinander verbunden sind; diese Sänfte wird so auf dem Rücken eines Dromedars befestigt, daß ein Sitz zur Linken und der andere Sitz zur

Jaurès' prophetische Worte.

Aus Anlaß der Nachricht, daß die Gerichtsverhandlung gegen Raoul Villain, den Mörder von Jaurès, verschoben werden soll, da die Regierung eine Störung des öffentlichen Friedens befürchtet, lautet die „Bataille“ vom 21. Dezember die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf folgende Voraussage, die Jaurès am 4. Juli 1913 in einer Kammerrede gemacht hat. Jaurès wendete sich an die Rechte der Kammer und sagte wörtlich: „Diejenigen, die euch unterstützen, appellieren fortgesetzt an den Menschensinn gegen uns. Indem eure Blätter spaltenlange Berleumdungen gegen uns bringen, sprechen sie von mir und meinen Freunden in folgenden Worten: „Nach dieser moralischen Hinrichtung wird am Tage der Mobilmachung eine vollständige Einrichtung folgen.“ Und ein Schriftsteller, der für euch und für die drei Jahre schreibt, erklärte dieser Tage, daß diejenigen, die das Gesetz der drei Jahre beschließen, im Einverständnis mit dem Feinde handeln. Und Herr Paul Adam fügte hinzu, daß diese Personen am Tage der Kriegserklärung niedergeschlagen werden würden, da sie sich zu Mitschuldnern der Invasion machen. Ein anderer Journalist schrieb: „Ich hoffe, daß diese Leute am Tage der Mobilmachung von einem Korporal und vier Soldaten an die Mauer gestellt und niedergeschossen werden.“ Ein anderer erklärte: „Es wird sich schon jemand finden, der diesem Menschen (Jaurès) ein wenig Blei in den Kopf spritzt.“ — Drei, zehn Monate später wurden diese Drohungen zur Wahrheit. Am Tage der offiziellen Mobilmachung Frankreichs erfolgte die „vollständigere Einrichtung Jaurès“ durch Raoul Villain. Kein Wunder, daß die französische Regierung die Gerichtsverhandlung von einem Termin zum anderen verschiebt aus Rücksicht auf den „öffentlichen Frieden“.

Vom Deutschenhaß der Franzosen.

Im Stockholmer „Aftonbladet“ gibt ein Schwede Einblicke in die Lage in Paris. Eine Übersetzung des „Berl. Z.“ entlehnt uns das folgende: Ueber Paris hängt ein schwarzer Nebel. In diesem Nebel ist es, als ob man sich in einer Wüste befände. In diesen Tagen der Prüfung zu geben. Der Feind steht im Lande und Frankreich kann seine ganze Kraft an dieser einen Front einsetzen und dort die besten und stärksten Truppen versammeln. Aber statt dessen hat sich ein Haß im französischen Volke eingestellt, ist man vor Haß rein tauben, so daß jetzt das ganze Volk vom Wahnsinn des Hasses ergriffen zu sein scheint. Und dieser Haß kann sich zu einem neuen Weltkrieg am französischen Volksbewusstsein entwickeln, wenn nicht die gesunde Vernunft innehalten will. Da Frankreich in den Deutschen nur seine Feinde, Fremdenhänder und Rassenverderber sehen will, so müßte die französische Nation sich mit Schrecken und Angst fragen, wohin denn dieser Haß, der so lange gegen den Feind genährt worden ist, diese Nachgeborenen, von denen Frankreich über 40 Jahre erfüllt war, geführt hätte, wenn ein französisches Heer in Deutschland eingebrochen wäre!

Es war in Ostpreußen unmittelbar nach der Befreiung des Landes von den Russen, als man dort überall noch die Opfer der Wunden, des Nordes und der Gewalttaten sah. Trugman versuchten die deutschen Offiziere bei jeder Gelegenheit dem Feinde und dessen Führern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Man wies auf die Schwierigkeit hin, über alle Teile und Individuen einer solchen Wiesenarmee die richtige Aufsicht zu führen, und man sagte, daß an allem Unheil die Russen schuld seien, die man nicht als reguläre russische Truppe betrachten könne. Aber in Frankreich rief man auch jetzt noch immer gegen den Feind, und sein Verbrechen ist schwer genug, das man ihm nicht zur Last legt. Und dieser grenzenlose Haß und diese ungläublichen Beschimpfungen werden sich nicht nur gegen einzelne Deutsche. Alles, was überdies deutsch ist, ist „böse“, und die ungläublichen Beschimpfungen und Beschimpfungen werden gegen den deutschen Haß und seine nächste Umgebung ausgeföhrt. Ich habe mit eigenen Augen Bilder gesehen, die den Deutschen Kaiser in schmerzlicher Form bezeichnen.

Einer Verteidigung der deutschen Arme und des deutschen Volkes auf solche Beschimpfungen bedarf es nicht, denn ein solcher Wahnsinn tröstet sich selbst. Ich könnte sonst Zeugnis dafür ablegen, welchen Eindruck von deutschen Truppen während des blutigen Vormarsches in Frankreich gewonnen habe, wie ich selbst mit deutschen Bandenführern zusammen gewesen bin, die aus den

rechten Seite des Tieres ist. Die Redefähigkeit wird häufig von den Bediensteten benutzt, wenn der ganze Stamm nach einem andern Weideweg reißt.

Es ist in Mesopotamien nicht üblich, allein zu reisen, da man in diesem Falle mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen könnte, von Beduinen oder von Strahenträubern ausgeraubt zu werden. Wer noch einer Stadt reisen will, sucht sich daher Reisegesährten, die dieselbe Reise unternehmen wollen. Auf diese Art entsteht eine Reisegesellschaft (Karawane). Mit Vorliebe schließt man sich jenen Karawanen an, die von Kaufleuten zur Beförderung von Waren ausgerüstet werden; denn solche sind gewöhnlich durch eine stärkere Bewaffnung geschützt. Freilich werden auch oft sehr starke Karawanen ausgeraubt, da so bei solchen eine reiche Beute zu erbeuten ist. Es gibt Zeiten, in denen nur die Hälfte oder ein noch kleinerer Teil jener Karawanen, die eine bestimmte Straße bereisen, ungehindert ihre Ziele erreicht. Es ist leicht einzusehen, daß diese Unsicherheit des Reisens den Handel sehr erschwert und vor allem nützt, da die Kaufleute gezwungen sind, die Verluste, die sie durch Plünderung erleiden, auf jene Waren aufzuschlagen, die sie unterleiten auf ihren Bestimmungsort bringen. Trotzdem begehrt man auf allen Straßen Mesopotamiens wohlhabende Karawanen, was beweist, ein wie starkes Verkehrsbedürfnis das Land hat.

Der Karaber, der sehr intelligent ist, und der gegen gewöhnliche Neuerungen durchaus keine Abneigung empfindet, wird voraussichtlich rasch die Vorteile erkennen, die ihm die Bahn bietet; er wird diese bald als rasches und sicheres Verkehrsmittel schätzen und benutzen lernen. Dann kann Mesopotamien, das bis zur Eröffnung des Suezkanals die Hauptverkehrsstraße von Europa nach Indien war, abermals zu seiner Blüte gelangen, die im Altertum und im Mittelalter seinem Lande eine so hohe Bedeutung gab. Dazu bedarf es zunächst allerdings einer Vorbedingung — der Friede muß eintreten. Solange sich am Tigris bei Kut el Amara Engländer und Türken in blutigem Ringen gegenüberstehen, so lange kann das Land des Kalifen nicht den Weg finden zum Durrasschahschah der letzten Jahrhunderte zu einem lebendigen Glied in der Kette der Länder von der Ostsee bis zum Persischen Golf.

abgebrannten Häusern ihrer Heimat geschändete Leichen ihrer Lieben ausgegraben und trostlos die Hand nicht erhoben, ja noch nicht einmal ein Schimpfwort den gefangenen Russen ins Gesicht schleuderten, unter denen vielleicht manche waren, die an diesen Gräueln beteiligt gewesen.“

Englische Wehrpflicht-Nachrichten.

Auch der Vorstand der sehr kriegsfreundlichen Britischen Sozialistischen Partei wendet sich in einem Aufruf an das Volk. Darin wird auf Grund des Zahlenmaterials entschieden bestritten, daß die Kraft des Meeres durch den Dienstzwang wirklich gehoben werden könne. Die 250 000 bis 300 000 Mann, die dadurch erreichbar seien, wären wirklich nicht die Zwangsmannschaft wert. Wörtlich heißt es u. a.: Warum sind Beiführer so erstickt auf das Durchdringen der Vorlage? Das Kriegsministerium weiß sich sehr wohl seinen Rat mit der Ausbildung und Ausrüstung der Freiwilligen. . . . Gibt es etwa Minister, die eine Nacht verlangen, angeblich für Kriegszwecke, in Wirklichkeit aber, um sie gegen die Arbeiter gebrauchen zu können? Einsig aus dieser Erwägung heraus sei der leidenschaftliche Protest aus den Reihen der englischen Arbeiterklasse zu erklären und sein Erfolg gegenüber ihren Führern.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die „Daily News“ folgt in einem Leitartikel: Die Arbeiterpartei wird Askuth fragen, ob er die Dienstpflicht fallen lassen werde, falls eine erneuerte Anwerbung der Drähtzieher auf eine kleine Kinderheit herabzuredern sollte, die die Bill Gesetzkraft erlangt habe. Die Gruppenwerbung wurde wieder erneuert; nach liberalen Blättern war das Ergebnis sehr befriedigend. Dasselbe Blatt meldet: Die Demission der drei Arbeiterminister wurde nicht angenommen. Der Premierminister wird eine Unterredung mit der Arbeiterpartei haben, um die Militärdienstpflicht zu besprechen.

Im Unterhause verhandelte Lloyd George die Beschlagnahme des „Forward“, da dieses Blatt sich wiederholt beileidig über die Reichsverteidigungsakte geäußert habe. Lloyd George gab durchaus an, daß das Vorgehen gegen „Forward“ und gegen die Pressefreiheit eine sehr ernste Sache wäre. Artikel des „Forward“, durch die die Munitionsarbeiter ausgebeutet wurden, hätten den Ausschlag für das Vorgehen der Regierung gegeben.

In Glasgow sind 28 Munitionsarbeiter zu je fünf Pfund Sterling verurteilt worden, weil sie drei Tage lang gestreikt haben. Der Vorfall ist, wie die „Daily News“ sagt, das Echo von dem Verzicht Lloyd Georges bei den Glasgower Schiffsverwerften gewesen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die „N. Y. H.“ lehnt es ab, sich zu den zahlreichen Andeutungen über die Autorität des Artikels „Friedensgedanken“ zu äußern. Das Blatt stellt nur ausdrücklich fest, daß der von den „N. Y. H.“ genannte Pazifist Alfred Fried als Verfasser nicht in Betracht kommt.

„Neuzeit von den Tag“ in Amsterdam meldet von der Grenze von Nordbrabant, daß im letzten Monat 15 000 Flüchtlinge nach Belgien zurückgekehrt sind.

Die neue luxemburgische Kammer sprach sich mit 28 gegen 20 Stimmen gegen die Regierung aus. Vor der Sitzung hatten zwei Abgeordnete die Regierungsfeststellung zum Fenster hinaus auf die Straße geworfen. Zum Präsidenten wurde der zur Sozialpartei gehörende unabhängige Robert Kemmer, zum Vizepräsidenten der Rechtspartei Jeanneux Hoeser gewählt.

Der Vorfall „Tempe“ berichtet von Aufstand über der in Vioralla. Der Kaiser Wilhelm hat sich wieder aufgetaucht und habe sein Lager südlich vom Bosien von Anconer aufgeschlagen. Einheiten haben die Franzosen die Vorzüge der Aufständischen abweisen können.

Aus der Partei.

Zu den Parteidifferenzen.

In Bremen haben die Genossen, die Anhänger der Mehrheit der Reichstagsfraktion sind, ein wöchentlich erscheinendes Blatt gegründet, das den Titel führt: „Bremische Korrespondenz“. Das Blatt wird in der Druckerei der „Bremischen Bürgerzeitung“ gedruckt. In einem Leitartikel wird zur Begründung

Frankfurter Theater.

Opernhäuser. Das zweite Gastspiel des Berliner Hoperntängers Josef Schwarz hat die hochgeheilten Erwartungen nicht enttäuscht, denn in ihm vereinigt sich der mit altem Bühnensinn begabte Sänger mit dem genialen Schauspielers. In Verdis „Amelia“ stellte er im René in geradezu überwältigender Mithildigkeit den Wäcker verletzter Frauenehre auf die Bühne. Man mag über die stark kontrastierende Romanistik in den Verdischen Opern denken, wie man will, jedenfalls ist Herr Schwarz mit seiner starken dramatischen Begabung der rechte Vertreter dafür. Die große Arie im 4. Akt, die er in tiefster Erregung sang, trug ihm anhaltenden Beifall auf offener Bühne ein. Sein Spiel gewann noch durch die schmerzhaft-bräunliche Wiedergabe der Amelia durch Frau Genter-Fischer, die von unheimlicher Liebespeinast in dem Gouverneur gepackte Gattin René. Sie gab in der Darstellung dieser überaus schwierigen Rolle ihrem Gatten nichts nach. Gegenüber diesen beiden stark herausgearbeiteten dramatischen Partien hatte der Gouverneur des Herrn Gutz einen schwachen Stand. In Nebenrollen wirkten die ersten Kräfte, als „Verführer“ die Herren Schneider und Weiss; Frau Boenneken war ein allerliebster Page und Frau Fortner-Palbarth die das Unheil lebende Wärgelagerin. Der große Beifall des fast ausverkauften Hauses mag der Tendenz ein Zeichen sein, daß sie mit der Heranziehung guter Kräfte auch in diesen schweren Zeiten Erfolge erzielen und die Kasse füllen kann. h-h

Die Weihnachtspost der Kriegsgefangenen.

Vom Weihnachts- und Neujahrspostverkehr der Kriegsgefangenen weiß der „Berliner Rund“ mancherlei Süßes und Räuberndes zu erzählen. Der Weihnachtverkehr sollte schon drei oder vier Wochen vor Weihnachten ein, beinahe plötzlich, unter den paar hundert getrockneten Paketen, die täglich im Kriegsgefangenen-Postbureau Bern-Lausannc neu verpackt werden müssen, befinden sich eines Tages Duende, die ein festliches kleines Weihnachtsbäumchen oder auch nur Schmaus für ein solches enthielten. Auch aus abgelegenen Verstecken kamen Weihnachtsboten. In einem schlechtverpackten Bäckchen lag ein Tannenzweig mit dorngelben Blüten. Tannenzweigen und daneben allerlei heimatisches Badewerk. Bis über 30 000 kleine Bäckchen wurden an verkehrsreichen Tagen vom Kriegsgefangenen-Postbureau umgeleitet. . . . Auch die

der Herausgabe des Blattes gesagt, die „Bremische Bürgerzeitung“ habe ihre parteigegenständliche Pflicht, ein getreues Bild der Verhältnisse zu geben, verlegt und die Meinheitsfreiheit unterdrückt. Die „Bremische Korrespondenz“ soll daher ein Ausdrucksmittel und Informationsorgan jener Parteigenossen sein, die auf dem Boden der Fraktionslosigkeit des 4. August 1914 stehen.

Neue Internationale.

In Antwerpen an die Zimmerwälder Konferenz hat sich in Deutschland eine Organisation „Internationaler Sozialisten“ gebildet, deren Haupt aber gleich mit Adolf Hoffmann und Ledebour, deutschen Teilnehmern an der Zimmerwälder Konferenz, in scharfen Streit geraten ist. Die beiden vorkonferenzlichen neulich eine scharfe Absage an Bordard. In Frankreich scheinen Bourdeon und Wertheim glücklicher zu verfahren, was allerdings die nicht nur nationale, sondern internationalistische Haltung der französischen Fraktion und Parteiberatung die Voraussetzungen gab. Nicht der scharfe Erfolg, aber die Art des Verbens der Gruppe scheint glücklicher zu sein. Eine Kommission hat sich gebildet, der Vertreter folgender Verbände angehören: Erdarbeiter, Redarier, Elektromonteur, Eisenbahner, Arbeiter, Steinbauer, Eisenbahner, Metallarbeiter, Handelsangestellte; dazu zwei Genosseninnen von der Gruppe sozialistischer Frauen. Es handelt sich um (nach deutschen Begriffen) nicht schwache Verbände, und die Vertreter sind wohl kaum offiziell entsandt, sondern als Privatpersonen beigetreten. Immerhin werden sie Ansehen bei ihren Verbandsmitgliedern genießen. Das Komitee fördert in einem Aufruf, der sich gegen die „offizielle“ Politik der unerbilligen Zensur und die aus Furcht und Beschämtheit entstehende noch unheimlichere Privatzensur der Presse wendet, zur Leistung von Beiträgen auf: 50 Centimes im Monat. Das Geld soll zur Verbreitung von Broschüren mit Darlegungen im Sinne des Zimmerwälder Aufrufs dienen. Bedeutungsvoll ist die folgende Stelle des Aufrufs:

Was wir dank der Hingabe einiger Genossen getan haben, das wollen wir weiter entwickeln, erweitern unter Mithilfe aller. Es ist indes selbstverständlich, daß wir nur mit jenen zusammenarbeiten wollen, die keine militärische Verpflichtung haben, damit man nicht den Vorwurf gegen uns richten kann, wir hätten den Mut herer, die sich schlagen müssen, geschwächt.

Also auch Bourdeon, Wertheim und Genossen sind weit entfernt von einer Verisagabe der Landesverteidigung. Sie weisen dahin, daß die französische Sozialdemokratie sich zur internationalen Kampfbühne stelle, haben aber leider diesen Erfolg nicht erzielt. Immer noch weilt die französische Partei die von Anfang aus Deutschland angeboten und immer wiederholte Verständigungsaktion zurück. Internationalität erfordert Gegenseitigkeit!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Januar.

Die Sitzung beginnt mit drei Anfragen des Abgeordneten Dr. Viehnacht. Seine Anfrage über Armenien wurde im Namen des Reichstages durch den Direktor der politischen Abteilung des Reichstages, Grafen von Stumm, wie folgt beantwortet: Dem Herrn Reichstagsabgeordneten ist bekannt, daß die Frage der armenischen Bevölkerung seit der Ausübung unserer Gegner veranlaßt, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebiete des türkischen Reiches ausgetrieben und ihre Wohnstätten ausgelassen hat. Wegen gewisser Rücksichten dieser Maßnahmen findet zwischen der deutschen und der türkischen Regierung ein Gedenktausausch statt. Nähere Einzelheiten können nicht angeteilt werden.

Der Versuch, eine Anfrage zu stellen, wird vom Präsidenten abgelehnt.

Der Abg. Dr. Viehnacht fragt weiter: Ist die Regierung bereit, dem Reichstagsausschuß das Material vorzulegen über die Lage der Bevölkerung in den von Deutschland besetzten fremden Gebieten, ihre Versorgung mit Lebensmitteln (Nahrung, Kleidung, Unterkunft), ihren Gesundheitszustand, ihre Arbeitslage, ihre Zahl, Art und Grund der gegen sie von den deutschen Behörden verhängten Strafen und Vermögensentziehungen, über den Umfang der an ihre vollzogenen militärischen Requisitionen und die dabei befallenen Grundstücke, sowie über die Höhe der ihr, besonders der belgischen Bevölkerung, auferlegten Kontributionen.

Ministerialdirektor Dr. Emswilt lehnt namens des Reichstagsabgeordneten die Vorlegung des Materials ab.

Abg. Dr. Viehnacht fragt ergänzend: Ist dem Herrn Reichstagsabgeordneten bekannt, daß Erie und Gebäude der zur Vergeltung zerstört . . . (Allgemeine Unruhe, Lachen des Präsidenten).

Präsident Dr. Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine ganz neue Anfrage.

Abg. Dr. Viehnacht stellt seine dritte Anfrage: Ist die Regierung bereit, dem Reichstagsausschuß das Material vorzulegen a) über die von den deutschen Militär- und Zivilbehörden während des Krieges auf Grund des Besatzungsrechtes getroffenen allgemeinen und besonderen Maßnahmen zur Aufhebung des Vereins-

Beamteten, die die Vieze und Postkarten fortsetzen, meinten: ungefähre zu gleicher Zeit, daß Weihnachten und Neujahr nicht mehr fern sein könnten. Von Top zu Top wurde die Zahl der Aufstufungen und Photographien, die einzelne Personen oder ganze Gruppen Gefangener darstellten, und eines Tages lagen nur für Paris sichbreite Stöße solcher Bilder vor. Vor allem fielen an diesen Karten, mochten sie aus Deutschland oder Frankreich kommen, das gute Aussehen der Gefangenen auf. Selten sah man verdorrte, abgeworfene Krieger, oft dagegen Geister voll ruhiger Heiterkeit. Eine Photographie zeigte sechs Franzosen im Adonissforum unter der Brause stehend und auf ihren unverwundenen, gut genährten Körper zeigend.

Aber noch andere Karten, die jeden Kunstkenner und Psychologen begeistern könnten, trafen ein: von den Gefangenen selbst gezeichnete Weihnachts- und Neujahrskarten. Unter diesen Karten befinden sich natürlich viele, bei denen das Motiv einem mehr sagt, als die künstlerische Ausführung, aber eine nicht zu kleine Anzahl ist an und für sich wertvoll. Während die französischen Gefangenen Blumen in allen Anordnungen und Zusammenstellungen bevorzugen, herrscht unter den Zeichnungen der deutschen Kriegsgefangenen die Landschaft, namentlich die Winterlandschaft vor. Eine prächtige Skizze zeigt einen deutschen Soldaten, wie er mit dem Spazierstock die Jahreszahl 1916 in den Sand schreibt und, tief darüber gebeugt, zu sinnem scheint, was er noch hinzusetzen soll. Unter das Bild hat der Absender in breitschriftiger Handschrift: „Fröhliche Weihnachten“ geschrieben.

Reise als 300 000 Briefe und Postkarten werden oft an einem Tage in dem Kriegsgefangenen-Postbureau gesichtet und weitergeschickt. Einen gewaltigen Umfang hat natürlich auch die eigentliche Paketpost (Pakete bis zu 5 Kilo) angenommen: allein zwischen Deutschland und Frankreich werden an verkehrsreichen Tagen mehr als 100 000 Stück ausgewechselt. Auch der Kriegsgefangenen-Postverkehr zwischen Italien und Österreich-Ungarn, der anfänglich manchen Störungen unterworfen war, wickelt sich jetzt regelmäßig ab und erreicht an vielen Tagen mehr als 30 000 Briefschaften und Hunderte von Paketen. Daß die Zahl der Postanweisungen für die Kriegsgefangenen zu Weihnachten zunahm, ist ebenfalls verständlich. Der Oberpostkontrolle in Bern und dem Postanweisungs-Transitbureau in Basel gehen an einzelnen Tagen bis über 20 000 Postanweisungen für Kriegsgefangene zur Umschreibung und Weiterleitung zu. Zu Weihnachten haben viele deutsche und französische Gemeindevorstände ihren gefangenen Mitbürgern eine Postanweisung von 5 oder 10 Mark oder Franken zukommen lassen. . . .

und Versammlungsfreiheit und der persönlichen Freiheit (Versammlungsfreiheit, Vereinsausübungen, Eingriffe in das Briefgeheimnis, polizeiliche Überwachung des Telefonverkehrs, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen usw.), insbesondere über die Zahl der während des Krieges ohne gerichtliches Verfahren in militärische und polizeiliche Haft (Gast) verbrachten Zivilpersonen, über Grund und Dauer dieser Haft; b) über Zahl, Höhe und Grund der während des Krieges gegen Angehörige der Armee erkannten Strafen und über den Gefangenensatz der Militärgefängnisse seit Beginn des Krieges?

Ministerialdirektor Dr. Reubel: Der Herr Reichsanwalt ist nicht bereit, das von dem Herrn Abgeordneten Dr. Liebknecht gewünschte Material vorzulegen.

Eine Ergänzungsfrage über „Schwarze Kabinette der Militärverwaltungen“ wird vom Präsidenten nicht zugelassen.

Zum Bericht über die Ernährungsfrage

Sagt Berichterstatter Graf Werth: Wegen der Ernährungsfrage brauche der Krieg nicht einen Tag früher beendet werden, als die militärische und politische Lage es erfordert. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Robert Schmidt-Berlin (Soz.):

Meine Freunde haben bei Beurteilung der Zustände unserer Ernährung sich weniger unter dem Druck befunden, daß wir gewisse Nahrungsmittel nicht zur Stelle haben. Wir haben vielmehr die ganze Ernährungsfrage von dem Gesichtspunkt einer möglichst zweckmäßigen Organisation betrachtet und haben vor allem verlangt, daß der außerordentlichen Preistreiberlei Maß und Ziel gesetzt werde. Wir glauben, daß die Erörterung dieser Ernährungsfragen in voller Öffentlichkeit vor sich gehen kann. Wenn auch vielleicht daran im Ausland Hoffnungen geknüpft werden, wenn insbesondere die ausländische Presse in ihrer böswilligen und absichtlichen Beurteilung dieser Dinge glaubt, aus solchen Erörterungen den Schluß ziehen zu können, daß sich ihre Hoffnung doch noch erfüllen kann, daß Deutschland durch einen wirtschaftlichen Zusammenbruch niederderungen werden kann, so werden wir unsere Gegner eben doch nicht beirren. Nachdem wir 17 Monate lang mit dieser Kriegswirtschaft durchgehalten haben, werden wir auch in der weiteren Zukunft, wenn es auch schwer sein mag, weiter durchhalten können. Die Voraussetzung ist aber, daß sehr weitgehende

Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe

erfolgen. Die sonstigen freien Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft können unmöglich aufrechterhalten werden, wir müssen unsere Wirtschaft auch auf Kriegsfuß stellen, es muß vor allem in der Preisbestimmung die freie Konkurrenz ausgeschaltet werden. Wir haben an einer Reihe von wichtigen Verbrauchsartikeln Mangel zu verzeichnen, und dieser Mangel kann nur behoben werden durch zweckmäßige Organisation. Ich möchte als notwendige Maßnahmen vor allem vier Forderungen aufstellen: 1. Für bestimmte Rohstoffe muß ein einheitliches Verteilungssystem durchgeführt werden; 2. die Preisbildung muß der freien Konkurrenz entzogen werden; 3. bei der Preisfestsetzung darf nicht Rücksicht genommen werden auf Spekulationspreise, sondern auf die tatsächlichen Produktionskosten; 4. müssen Sicherungen getroffen werden gegen eine Verschärfung der Rohstoffpreise.

Die Regierung hat ja in der Richtung unserer Forderungen eine Art Lösung versucht, aber lange nicht mit der Entschiedenheit, die notwendig ist. Ich erkenne gerne an, daß eine Reihe von Verordnungen und eine wesentliche Herabsetzung der durch die freie Konkurrenz heraufgedrängten Preise gebracht haben. Aber all diese Verordnungen sind viel zu spät ergangen. Das hat zur Folge gehabt, daß die Preise in eine so unerträgliche Höhe kamen, daß die Konsumenten unangenehm schwer dadurch belastet wurden, während ein früherer Eingriff diese Unbilligkeit hätte beseitigen können. Und weiter ist die Folge des zu späten Eingreifens gewesen, daß verhältnismäßig

viel zu hohe Höchstpreise festgesetzt

wurden, so daß sie weit über das Maß des Zulässigen und Erträglichen auch gegenwärtig noch hinausgehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat durch die verspätete Festsetzung der Preise Handel unmäßig große Nachteile gehabt, insofern, als er sich vorher zu hohen Preisen die Waren verschafft hatte und dann durch den plötzlichen Preissturz bei der Festsetzung der Höchstpreise in Verlegenheit kam. Außerordentlich betrübend ist, daß gegenwärtig schon wieder von allen Seiten der Interessentengruppen, der Produzenten und des Handels dahin gearbeitet wird, diese Höchstpreise wieder zu erhöhen. Ich möchte an dieser Stelle die außerordentlich nachdrückliche Warnung für die Regierung aussprechen, nach einer so kurzen Wirkungszeit der Höchstpreise jetzt abermals für wichtige Rohstoffe die Preise wieder in die Höhe zu schieben. Das wäre völlig unangebracht und würde einen Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung hervorrufen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist höchst bedauerlich, daß wir überhaupt nötig haben, so eingreifend über die ganze Ernährungsfrage zu sprechen. Wie konnte die Regierung überhaupt zu diesen bitteren Klagen Anlaß geben! Warum hat sie uns nicht beizeiten nachdrücklich gewarnt gegen diejenigen, die die Notlage des Volkes so gewissenlos ausnützen? Warum hat sie uns

dieser Rohstoffmangel überantwortet,

die die Leiden, die der Krieg schon ohnehin mit sich bringt, noch weiter erhöht? Gibt es doch nicht Aufrechterhaltung, als die hohen Kriegsgewinne der großen Erwerbsgesellschaften gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelerzeugung! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist das zu vereinnahmen mit dem, was auf der anderen Seite an Opfern, an Blut und Blut von der großen Masse gebracht werden muß! Sogar die Industriellen, die unter den Höchstpreisen stehen, und der Handel haben große Kriegsgewinne aufzuweisen. Das beweist, daß die Höchstpreise durchaus nicht immer das Interesse der Konsumenten gewahrt haben. (Sehr richtig!) Wir Sozialdemokraten sind nicht überführt durch diese Vorgänge. Wir wissen: im kapitalistischen Betriebe spielt der Eigennutz und die Gewinnlust eine herrschende Rolle, und der Krieg macht diese Reizegen nur noch ungestümer. Da ist es gerade die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen, daß Demungen dieser Art nicht eintreten. Allerdings werden alle Kräfte mobil gemacht seitens der Produzenten und des Handels, um diese Demungen nicht eintreten zu lassen. Ja, diese Abneigung geht hinaus in alle Verwaltungsbereiche unserer Regierung bis in die Spitzen der Regierung. Alles, was wir auf wirtschaftlichem Gebiet an Erfolgen zu verzeichnen haben, ist nur nach schwerem Drängen und nach Anregung von anderer Seite gekommen. Wir werden darüber noch dem Kriege vielleicht ein offeneres Wort reden können, als gegenwärtig. Wir müssen verlangen, daß von autoritativer Stelle, entgegen allen einseitigen kapitalistischen Interessen der Produzenten und des Handels, Ordnung geschaffen wird. Vielfach wird behauptet, die Produzenten müßten so hohe Preise bekommen, daß sie nicht das Interesse an der Produktion verlieren, insbesondere in der Landwirtschaft. Auch meine Freunde haben wiederholt betont, daß für eine ganze Reihe von Verbrauchsartikeln gegenwärtig höhere Preise notwendig sind, als in Friedenszeiten. Tausende ist aber, daß die Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte in keinem Maße unter 50 Prozent geblieben sind, aber hinaufgehen bis 200 und 300 Prozent. Da kann nicht davon die Rede sein, daß der Anreiz zur Produktion in Frage gestellt ist. Wer das noch behauptet, der beweist ein so übertriebenes Maß von Ansprüchen und eine solche

Berkennung der Gesamtinteressen der Bevölkerung,

daß mit solchen Leuten eine Verständigung auch nur auf einer mittleren Linie ausgeschlossen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Man muß auch bedenken, daß dem Anreiz zur Produktion gegenübersteht der Anreiz zur Erweiterung großer Vermögensverhältnisse über das Unterhaltliche des gegenwärtigen Zustandes. Weiter weisen die Interessentengruppen darauf hin, es komme darauf an, überhaupt die Produkte zur Stelle zu haben, ganz egal, welche Preise bezahlt werden. Die hohen Preise, die durch wüsten Ueberbieten der Händler beim Einkauf im Ausland künstlich erzielt worden sind, sollen dann den Inlandspreisen regulieren. Das ist

ein ganz ungeduner Zustand, der leider auch heute noch nicht durch Bundesratsverordnungen völlig ausgeschaltet ist. Ich erinnere an die Vorgänge bei der Festsetzung der Gemüsehöchstpreise. Eine große Händlergruppe hat alle Verträge mit dem Ausland annulliert, um den Einbruch zu vermeiden, daß Gemüse zu den Höchstpreisen überhaupt nicht mehr auf den Markt zu bringen sei. Das ist nichts als eine künstliche Beeinflussung des Marktes, um den leichten politischen Kreisen bange zu machen vor der Festsetzung von Höchstpreisen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist ein ganz unglücklicher Gedanke, daß wir jeden Preis bezahlen müssen, um nur bestimmte Verbrauchsartikel vom Ausland zu bekommen. Was nicht es denn der Masse, wenn hinter prächtigen Fensterscheiben alle möglichen Rohstoffe ausgelegt sind, wenn die Preise so hoch sind, daß die Massen dabei als Konsumenten ausgeschaltet werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Es wird viel darüber gesprochen, wer

die Schuld an den Preistreibern

trägt. Wir meinen sowohl die Produzenten wie der Handel haben ihr volles Vermögen auf der Schuld an den Vorgängen. Wie groß die Abneigung gegen die Regulierung der Preise in Produzentenkreisen ist, hat ja vor kurzem wieder die Stellungnahme des Deutschen Landwirtschaftsrates gegen die Höchstpreise für Schweine bewiesen, während es doch Tatsache ist, daß der freie Wettbewerb auf diesem Gebiete so hohe Preise gebracht hatte, daß die Zustände unendlich wurden. Es ist ein Gefühl des Ekels, das einen beschleicht, wenn man sieht, eine wie große Zahl von Bucharprozessen der Öffentlichkeit bekannt werden. Es ist nicht wahr, daß die Landarbeiterlöhne an der Teuerung Schuld sind. Niemals ist der Gegensatz zwischen ländlichem Proletariat und Grundbesitzern so stark in die Erscheinung getreten wie gegenwärtig. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Besonders hohe Gewinne haben die großen Unternehmungen erzielt, die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen. So hat die Kriegergesellschaft für Bewertung von Kartoffelabfällen unter Erhöhung ihrer Abschreibungen im letzten Jahre von 103 000 auf 389 000 Mark, unter Zurückstellung eines besonderen Referendums von 100 000 Mark einen Reingewinn von 632 000 Mark gegen 420 000 Mark im Vorjahre erzielt. (Hört! Hört!) Die ostpreussische Spiritfabrik hat ihre Dividende von 12 auf 3 Prozent erhöht. Geradezu aufreizend für die Bevölkerung sind die hohen Gewinne der Zuckerfabriken. Da gibt es Fabriken, die ihre Dividende von 6 auf 18 Prozent, von 8 auf 20 Prozent, von 15 auf 30 Prozent, von 24 auf 40 Prozent erhöht haben. (Hört! Hört!) In diesen Riesengewinnen ist nur die Höchstpreispolitik Schuld. Sind doch die Zuckerpreise von 2,50 auf 12 Mark erhöht. Wenn jetzt die Zuckerinteressenten verlangen, daß der Preis für Rohzucker gar von 12 auf 15 Mark erhöht werden soll, so ist das eine Unverschämtheit. (Lebhafter Zustimmung b. d. Soz.) Im Handel geht es nicht viel besser. Sehr betrübend ist, daß wir auch mit den Kartoffeln in Schwierigkeiten gekommen sind. Von 52 bis 54 Millionen Tonnen sind höchstens 8 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung bereit gestellt und selbst dieses Quantum ist bis heute nicht uneingeschränkt zur Verfügung gestellt worden. Sie werden eben in den Kreisen der Interessenten zurückgehalten (Zuruf rechts: Nein!), weil man auf noch höhere Preise hofft. Bei dieser ganzen Organisation haben unsere Verwaltungen und

unsere ersten verantwortlichen Stellen versagt.

Die Bundesratsverordnung hat die Zwangsabgabe nur auf dem Papier. Die preussische Verwaltung hätte die Aufgabe gehabt, wenn ihr wirklich die Kriegswirtschaft am Herzen läge, nicht die Polizeiwirtschaft und was aus den künftigen Wahlen wird (Sehr laut links!), die Landräte dafür verantwortlich zu machen, daß die Kartoffelbestände in ihren Bezirken richtig verteilt werden. Wie sieht es mit der Fleischversorgung aus? Mühsig hat die Regierung zugegeben, daß die Schweinepreise bis über 300 Prozent über den normalen hinausgingen, ehe sie eingriff, trotzdem wir himmelhoch gebeten haben, die Zurückhaltung fallen zu lassen. Jetzt sind die Preise noch um 100 Prozent höher als zu normalen Zeiten, aber sie sind doch beträchtlich herabgesetzt worden und nun sehen wir, daß der Auftrieb auf den Märkten ganz außerordentlich gering ist, trotzdem eine genügende Zahl von Schlachtwieh vorhanden ist. Auch die jüdische Verwaltung verlangt hier, sie müßte mit den Produzenten direkt in Verbindung kommen und den Viehhandel ausschalten. (Sehr richtig! links.)

Bei dem Mangel an Schweinen ist auch der Preis für Rindvieh bedenklich gestiegen und durch den großen Auftrieb von Rindvieh kommt unsere Milchproduktion in Gefahr. Auch hier müßte eine Beschränkung unter Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Viehhalter eintreten, um die Milchversorgung sicherzustellen. Es muß eine Einschränkung auch für die Rinder eintreten, denen auch zum Bewußtsein gebracht werden muß, daß sie sich in Kriegzeiten im Interesse der Gesamtheit einschränken haben.

Auf die Notwendigkeit der Futterkarte ist schon wiederholt in der Presse hingewiesen worden. Während die ärmere Bevölkerung sich zu hunderten vor den Läden drängt, wird in Berlin W. die Butter in Postpaketen aus den Meierereien bezogen. Immer wieder sieht man, wer den Geldbeutel hat, kann sich auch die Unbequemlichkeiten abwaschen, die der Mangel an dem notwendigen Bedarf mit sich bringt. Schon längst hätte der Bezug von einzelnen Postpaketen direkt aus den Meierereien verboten sein müssen.

Bei den Futtermitteln sind die Höchstpreise viel zu hoch festgesetzt. Auch hier sehen wir eine unerschöpfliche Maßnahme auf dem Lande. An Futtermitteln hatten wir in diesem Jahre eine glänzende Ernte, die jüdischen Pölkereien müssen aber 1,50 Mark für den Zentner bezahlen gegen früher 60 Pfennig. Am schwersten leiden unter dem Futtermangel die Industriearbeiter auf dem Lande, die selbst etwas Vieh haben. Auch die Interessen der kleinen Gewerbetreibenden sind von der Regierung bei dem Rohstoffbezug nicht genügend gewahrt worden; die Preise der Rohstoffe gehen weit über das notwendige Maß hinaus. Hunderttausende kleiner Existenzen sind zugrunde gegangen, aber wir sehen auch Tausende aufsteigen, sich aus dem Sumpf entporntreten durch wackerste Geschäftspraktiken. Wenn nach dem Kriege die sozialpolitischen und die Sozialfragen mit diesen Spekulationen und Bucharern geregelt werden sollen, so werden wir eine Gesellschaft am Werk sehen, mit der es viel schwerer auskommen sein wird, als sonst; denn gerade diese Leute haben vor den berechtigten Ansprüchen anderer keine Achtung.

Ungeheuerlich sind die Preissteigerungen für Leder und damit auch der Verdienst der Lederfabriken. Eine Fabrik zum Beispiel, die mit einem Kapital von 12 Millionen Mark arbeitet, hatte einen Bruttogewinn von 40 Millionen aufzuweisen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Darin liegt die schärfste Verurteilung unserer Höchstpreispolitik und auch eine scharfe Verurteilung der Interessenten, die in dieser maßlosen Weise Ansprüche an die Militärverwaltung stellen, die auch fälschlich von ihnen falsch informiert worden ist. Man weiß auf das Ausland hin, wo die Preise noch höher seien. Wir haben aber zu prüfen, ob die Höhe der Preise bei uns berechtigt ist, und können uns nicht damit trösten, daß es dem Ausland noch schlechter geht. England gleube ich aus anderen Gründen und muß jetzt wahrnehmen, daß die hohen Preisen für Lebensmittel keine Preise hochtreiben, während wir uns auf Inlandsproduktion stützen. Das beruhigt uns aber nicht, sondern wir sollen das Gefühl in der Organisation zum Ausdruck bringen auch bei der Preisregulierung. Mehrfach haben die Militärbehörden eingegriffen, wo es eigentlich Sache des Reichsamts des Innern wäre. Das Reichsamt des Innern muß sich deshalb klar werden, über seine wichtige Aufgabe in dieser ersten Zeit, und es sollte keinen Augenblick zögern, sondern jede Selbsteinschränkung, um Ordnung in unsere Produktion und Konsumtion hineinzubringen. Allerdings gehört dazu ein festes Durchgreifen, und das Reichsamt des Innern sollte die nötige Energie von selbst aufbringen. In der Brotfrage ist man mit der Regulierung schnell vorgegangen, ohne alles vorher zu übersehen, und es ist gut gegangen. Es würde uns zum Vorteil gereichen, wenn das Reichsamt des Innern öfter etwas wagen und nicht immer nur ermahnen würde. Wir können nur wiederholen: Die Lebensmittelerzeugung ist ein Teil unserer Kriegsführung; sorgen wir dafür, daß der Bauer und nicht in eine Situation drängt, die für uns alle schlimm zu ertragen wäre. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Beschaffung und Verbilligung der Lebensmittel war die vornehmste Aufgabe der Regierung. Die Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln ist nach wie vor durchaus gesichert. Der Reichstag hatte früher eine Reihe von Wünschen geäußert; ein großer Teil dieser Wünsche ist erfüllt worden. Ich kann wohl feststellen, daß in den Zielen zwischen allen Parteien und der Regierung volle Übereinstimmung herrscht. Wir sind uns darüber völlig einig, daß wir in diesen schweren, ersten Zeiten unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, nicht die Versorgung des Marktes und die Bildung der Preise dem freien Spiel der Kräfte überlassen dürfen, sondern daß wir

mit fester Hand eingreifen

müssen und daß wir auch vor Härten nicht zurückschrecken dürfen, wenn die Sicherheit des Vaterlandes es erfordert. Eines kann ich aber ausdrücklich feststellen: mit unseren eigenen Erzeugnissen reichen wir bis zur nächsten Ernte, wenn wir sparsam und haushälterisch damit umgehen, alles Nötige zu tun, desgleichen die Vorräte. Aber es war schwer, ein ganzes Volk und eine ganze Verwaltung in wenigen Monaten zum Umlernen in wirtschaftlichen Dingen zu veranlassen. Beschlagnahmen seien leichter gefordert, als durchgeführt. Im Ausland sieht es teilweise noch schlimmer aus als bei uns. Im Laufe des Krieges haben wir eine ganze Reihe scharfster Strafvorschriften erlassen, die den Kriegswucher jeder Art nicht nur scharf treffen, sondern auch für alle Zeiten brandmarken. Wir haben ferner Höchstpreise festgelegt und die Möglichkeit der Enteignung geschaffen. Den ersten Höchstpreisfestsetzungen konnten Mängel an, weil wir diese Momente nicht beherrschten. Inzwischen sind wir bestraft gewesen, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden durch eine Organisation, die die preisbildenden Momente feststellt. Dazu wurden die Preisprüfstellen eingeführt und eine Preisprüfstellenstelle vorgesehen, der ein Beirat zur Seite steht, den der Reichsanwalt in allen Fragen der

Organisation des Lebensmittelbedarfs

zu beraten. Es ist also vom Bundesrat bis in die einzelnen Gemeinden die Möglichkeit gegeben, die Verhältnisse von Handel und Gewerbe bis in die kleinsten Kleinigkeiten zu verfolgen. Allen, die es angeht, lege ich die Pflicht dieser Preisprüfstellen zur Entfaltung einer nutzbringenden Tätigkeit ans Herz. Die Festsetzung von Höchstpreisen von einer Zentralkasse aus kann aber ihren Zweck nur beschränkt erfüllen, und sie müssen ferner zum Schaden ausschlagen, als eine zu niedrige oder einseitige Bemessung unzureichend dahin führen muß, den Markt zu stören und die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht nur nicht zu fördern, sondern direkt zu hindern. Naturgemäß müssen

weitere Maßnahmen hinzutreten:

Beschlagnahme, Organisation des Handels, Gruppierung in Groß- und Kleinhandel und Produzentenkreise und auch Maßnahmen bezüglich der ausländischen Einfuhr. Wo es möglich ist, wird der Weg der Zentralorganisation gewählt. Aber es müssen auch andere Wege gegangen werden. Beim Getreide ist die Nationalisierung und ihre Durchführung verhältnismäßig leicht. Erleichtert würde die zentrale Organisation noch dadurch, daß wir uns darauf beschränken könnten, ein Verfallungsverbot zu erlassen, so daß das gesamte Getreide für die Ernährung in Anspruch genommen würde. Anders ist das bei den Kartoffeln. Hier ist eine zentrale Beschlagnahme, die zentrale Verwaltung einer Menge von 54 Millionen Tonnen eine Unmöglichkeit. Im übrigen ergab sich die Notwendigkeit, die Möglichkeit einer Organisation des Handels weiter in die Hände der Landeszentralbehörden und kommunalen Behörden und von Kommunen zu legen. Dieser Aufgabe soll die Verordnung für die Versorgungsbefugnisse vom 1. November 1915 gerecht werden. Die Gemeinden sind befugt, beispielsweise für den Gemüsehandel ganz bestimmte Vorschriften zu erlassen. Wenn der Handel den Bestimmungen nicht genügt, so ist die Gemeinde berechtigt, unter Ausschlag des Handels die Regelung selbst zu übernehmen. Die Gemeinden können weiter beispielsweise in der Kartoffelversorgung den Handel wenn nicht ganz ausschalten, so doch so reglementieren, daß er sich den öffentlichen Interessen anpaßt und unterordnet. Die Aufsichtsbehörde hat die Möglichkeit eingegriffen, wenn eine Gemeinde sich weigert oder sich als unfähig erweist, die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln sicherzustellen, und einen Verein mit dieser Aufgabe zu betrauen. Von der höchsten Bedeutung sind diese Befugnisse bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch. Wenn es gelingt, die Produzenten von Fleisch zu organisieren und sie in unmittelbare Geschäftsverbindung mit den Städten zu bringen, so wird ein großer Teil der bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden. In allen diesen Organisationen ist eine Mitwirkung des Rationierungselementes im weitesten Umfange sicherzustellen. Dieses letzte Prinzip geht durch alle übrigen Organisationen, die wir geschaffen haben.

In der

Beteiligung der Bevölkerung

bis in die Gemeinden hinein liegt die einzige Möglichkeit, den, wenn ich mich so ausdrücken darf, letzten Teil der Bevölkerung, die Verbraucher, aufzuklären und sie vor Ueberreizungen zurückzuhalten. Ich erwarte, daß diese Beteiligung der Bevölkerung an den Beratungen dazu beitragen wird, die Kritik auf das richtige Maß zurückzuführen. In einer so schweren Zeit darf jedoch die Kritik nur befruchtend wirken und nicht hemmend. Sie darf nicht dahin führen, daß ganze Teile der Bevölkerung sich der Mitarbeit an diesen Dingen lediglich um deswillen entziehen, weil sie glauben, daß diese oder jene Maßnahme falsch ist. Die ganze Bevölkerung muß in diese Organisationen hinein mit dem festen Willen, aus ihnen herauszuholen, was aus ihnen herausgeholt werden kann (Zustimmung), durchführt von dem Willen zum Siege, der auch im Innern wie draußen errungen werden muß. (Beifall.)

Abg. Dr. Wähner (Hr.): Durch die Organisation, die die Regierung getroffen hat, ist der Bevölkerung eine Stelle geschaffen worden, bei der ihre Wünsche und Klagen berücksichtigt werden. Es muß alles Reichsmögliche geschehen, daß dem Volke nicht mehr Opfer auferlegt werden, als unbedingt nötig. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich jetzt auf dem Wege. Die landwirtschaftliche Produktion ist durch die wesentliche gefördert worden. Jetzt liegt sich besonders die Wichtigkeit der Förderung nach dem Ausbau des Wasserstraßennetzes, insbesondere der Kanalisierung der Donau bis nach Regensburg. Auch auf sonstige Verbrauchsgegenstände sollte das Volkswirtschaftssystem ausgedehnt werden. Auch bei der Ausführung der getroffenen Maßnahmen muß alleis quier Wille beunbet werden. Gleichförmigkeit ist das Verständnis hierfür im Wachen begriffen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Böhm (Hr.): Die Maßnahmen der Regierung hätten rascher und entschiedener getroffen werden müssen. Es hätte von vornherein eine engere Fühlung mit den einzelnen Verhältnissen und mit dem Parlament hergestellt werden müssen, wie sie jetzt in den Preisprüfstellen besteht. In dieser Zeit, in der sich wieder andere Einschnitte geltend machen, muß der Reichstag als das Parlament, das für solche Fragen zuständig ist, Berücksichtigung finden. Bei der Neuorganisation der Kartoffelpreise muß darauf geachtet werden, daß dieses wichtige Nahrungsmittel nicht übermäßig verteuert wird. Opfer muß jeder bringen. (Sehr richtig!) An der Regierung ist es, bei den erforderlichen Maßnahmen rasch vorzugehen. Dadurch wird auch unnötige Unzufriedenheit vermieden. Bei der künftigen Brotgetreideversorgung muß sparsam umgegangen werden. Die Schweinefleischfrage muß von der Regierung getrennt werden. Die Schweineabschlachtungen haben sich sehr erhöht. Bei längerer Dauer des Krieges ist eine Beschlagnahme und gesunde Verteilung der notwendigen Futtermittel, auch der Getreide, notwendig. Wenn alle Stellen ihre Pflicht tun, so werden wir nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich überleben können. (Beifall.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch den 12. Januar nachmittags 2 Uhr, vertagt.

Schluß gegen 7 Uhr.